

Mitteldeutsche Nationalzeitung

Einzelpreis 15 Pf.

HERAUSGEBER: RUDOLF JORDAN, M. D. L.

4. Jahrgang Die „Mitteldeutsche Nationalzeitung“ erscheint täglich (außer Sonntagen) mit höchstens 2 Beilagen „Ratgeber“ u. „Sport“ — Erscheinungstage bei Störung: Freitag, 10. Februar 1933 Berlin, Schriftleitung, Abonnements- und Anzeigenpreise usw. nach Verzeichnis, herausgegeben von der Redaktion. — Anzeigenpreise: 10 Pf. pro Zeile pro Tag. — Anzeigen ohne Bildpreis werden nicht angenommen. Nummer 35

Die erste Regierungshilfe für die Landwirtschaft Frankreich sagt sich von der Genfer Fünfmächte-Konferenz los

Abolf Hitlers Reichskanzlergehalt wird für Hinterbliebene verwendet

Zu der Nachricht, daß Reichskanzler Hitler auf sein Gehalt verzichtet hat, weil er den Lebensunterhalt aus seinen schriftstellerischen Arbeiten verdiene, wird von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß Reichskanzler Hitler sein Gehalt nach Abzug der üblichen Steuern einem besonderen Kuratorium überweisen wird. Dieses wird das Geld an bedürftige Hinterbliebene erschaffener Politischebeamter und SA-Leute verteilen.

Gleichung des Arbeitsbeschaffungsausschusses des Reichskabinetts

Berlin, 10. Febr. Am Donnerstag Abend trat der Arbeitsbeschaffungsausschuss des Reichskabinetts zusammen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Rundfunkübertragung der Sportpalastrede

Berlin, 10. Febr. Der deutsche Rundfunk übertrug heute von 20.30 bis 21.45 Uhr aus dem Sportpalast Berlin eine Rede des Reichskanzlers Hitler.

Am Sonnabend, dem 11. Febr., vormittags von 10 bis etwa 10.45 Uhr übertrug der Rundfunksender die Erklärung der Berliner internationalen Autonomiekommission mit einer Ansprache des Reichskanzlers Hitler. Angehörigen der Berliner und Hamburger Sendergruppen. Die übrigen Sender bringen die Übertragung im Laufe des Tages auf Wochentagen.

Handgranatenüberfall auf KGDAP-Local

Berlin, 10. Febr. In Charlottenburg wurden am Freitag, kurz nach Mitternacht, durch die Schwenkerteilchen eines in der Goethestraße gelegenen KGDAP-Local von politischen Gegnern zwei Handgranaten geworfen und mehrere Schüsse abgefeuert. Bei der Explosion der Handgranaten befanden sich etwa 25 Menschen im Local. 3 SA-Leute wurden durch Schüsse verletzt. Die Militärlieferanten entliefen einem bereitgehaltenen Motorrad.

Zusammenschluß der Todes-Kandidaten

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)
Berlin, 10. Febr. Voll Gutz befindet die Reichshilfe der fast inagierten gewordenen Deutschen Volkspartei, daß gefahren zwischen der Deutschen Volkspartei, dem Christlich-Sozialen Volksdienst und der Deutschen Bauernpartei ein technisches Wahlbündnis geschlossen werden soll.
Die Begrüßung diesen Zusammenschluß, da die Kommunisten an ihrer eigenen Unfähigkeit zugrunde gegangenen Partei dann wenigstens mit einem Schlag beseitigt werden.

Die Reichsregierung eröffnet den Kampf gegen die Agrarnot Zollerhöhungen zur Behinderung unnützer Einfuhr

Berlin, 10. Febr. Am 10. Febr. wurde mitgeteilt: Auf Veranlassung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft hat die Reichsregierung zunächst zugunsten der besonders schwer darniederliegenden deutschen Landwirtschaft eine Reihe wichtiger Zollerhöhungen beschlossen. Die neuen Zollsätze gelangen im Reichsanzeiger zur Veröffentlichung.

Zu einzelnen ist zu den Zollerhöhungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu melden: Es werden erhöht: Der Zoll für lebendes Rindvieh auf 50 M je Doppelzentner, für Schafe auf 45 M und für lebende Schweine auf 50 M. Die Fleischsätze für frisches Fleisch auf 100 M, für Fleisch, einfach zubereitet, auf 150 M, und für Fleisch zum feineren Tafelgenuss auf 200 M je Doppelzentner. Ein Einfuhrverbot liegt bei diesen Erzeugnissen nicht vor. Die deutschen Viehbestände sind größer als vor dem Kriege und reichen für die einheimische Bevölkerung aus. Ein Einfuhrverbot war auf diesem Gebiete bringend, da die Preise im Verhältnis zur Vertriebszeit hier besonders niedrig liegen. Die Viehbestände bei Wintern betragen 33,33 bei Schweinen 67, bei Schafen 64, bei Vieh insgesamt 62 u. g. gegenüber der Vertriebszeit. Die Erhöhung des Schmalzpreises auf 50 M hat die Aufgabe, eine stärkere Deckung unserer Viehbestände aus einheimischer Erzeugung herbeizuführen. Diese Maßnahme ist für unsere Schweinefleisch von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Der überhöhten Preis für Schweinefleisch hat zu einem nicht unerheblichen Teil seinen Grund in den Absatzschwierigkeiten für Schweinefleisch, die unter dem Einfluß einer

steigenden Schmalzeinfuhr eingetreten sind. Die erhöhten Zollsätze treten mit Ablauf der Zollbindungen im deutsch-schwedischen Handelsvertrag am 15. Februar 1933 in Kraft.

Zum Verständnis der Verordnung geben wir einen Vergleich der bisher geltenden Zölle mit den neuen Zollsätzen: Je Doppelzentner betrug bisher der Zoll für lebendes Rindvieh 27 M, lebende Schafe 22,50 M, lebende Schweine 27 M, Fleischfrisch 45 M, einfach zubereitetes Fleisch 60 M, Fleisch zum feineren Tafelgenuss 120 M, Schmalz 12,50 M.

Eine der letzten Taten der Regierung von Schleicher war bekanntlich die, daß sie einen Vertrag mit dem Landbund heraufbeschwor, der weiter nichts verlangte, als daß die Regierung endlich energische Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft ergreifen sollte. Derselbe Vertrag hielt es damals für richtig, den Verkehr mit dem Landbund abzubrechen, anstatt Befugnisse Forderungen endlich in die Tat umzusetzen. So ist es der Reichsregierung unter Führung Adolf Hitlers vorbehalten geblieben, endlich etwas für die Landwirtschaft zu tun.

Der Thüringer Landbund steht hinter Hitler

Weimar, 10. Febr. Der Thüringer Landbund, dessen Gesamtverband Mittwochs in Weimar tagte, nahm eine Entschiedenheit an, in der das Vorgehen des Reichslandbundes gegen die verhasste Reichsregierung anerkannt wird und in der er die neue Reichsregierung der nationalen Konzentration auf das Herzliche begrüßt.

Die Reichskommissare gegen Ablehnung des Korruptionskandals Was wird aus Braun und Seevering?

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 10. Febr. Der beispiellose Korruptionskandal des Ehmigs Braun-Seevering wird in der Öffentlichkeit mit außerordentlichem Interesse verfolgt. Es ist zu begrüßen, daß die Kommunistische Regierung den Ablehnungsbewertung in der nötigen Form zurückgewiesen hat. Die preussische Staatsregierung hat gestern Abend folgende Meldung amtlich bekanntgegeben: „Am 5. Februar 1933 hat das Kabinett Braun in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, in der die im Preussischen Landtag am 4. Februar 1933 von einem Abgeordneten aufgestellte Behauptung, das Kabinett Braun habe Staatsmittel für Parteizwecke zur Verfügung gestellt, als obektiv unrichtig bezeichnet. Wie der Antifaschistische Pressebericht mitteilt, müssen die Kommissare des Reiches demgegenüber feststellen, daß die Mittel, die bis zum Betrage von 2 Millionen M. durch einleitenden Beschluß des Kabinetts Braun vom 6. April 1932 durch Überweisung des Staatsfonds der Verfassung des Reichstages“ gewonnen werden sollen, nach den amtlichen Unterlagen

nicht der Zweckbestimmung des Staatsfonds entsprechend, sondern fast ausschließlich für andere Zwecke, offenbar Wahlpropaganda der damaligen Koalitionsparteien bei der Landtagswahl 1932, verwendet worden sind. Im übrigen wird über die Angelegenheit mit Befriedigung ein Gutachten der Oberrechnungskammer erlassen werden. Die Kommissare des Reiches behalten sich weitere Schritte vor, sobald dieses Gutachten erliegt.“

Diese Erklärung beweist, daß der Korruptionskandal des Ehmigs Braun-Seevering nicht ungeklärt bleiben wird. Die deutsche Öffentlichkeit sieht einer strengen Bestrafung der Schuldigen entgegen, die es gewagt haben, die deutsche Ehre dadurch zu beschandeln, daß sie die Verwendung des deutschen Widerstandes und der deutschen Freiheit als Verbrecher bekämpften und die in der furchtbaren Notzeit des deutschen Volkes Millionenbeträge zur Stärkung der Deutschen abträglichen Propaganda der Sozialparteien vertrieben.

Der mißglückte Versailler „Friede“

Von Dr. phil. h. c. Hans Draeger.

Neben dem Wiederbeginn der Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz haben zwei Termine in jüngster Zeit dem deutschen Volk besonders den früheren außenpolitischen Kampf ins Gedächtnis zurückgerufen, in dem es seit 14 Jahren steht. Am 10. Januar 1933 jährte sich zum 14. Male der Tag, an dem das Versailler Diktat in Kraft trat. Am 18. Januar erinnerte das Gedenken an die Gründung des Weimarer Reiches an die verhängnisvolle Stunde der Unterzeichnung dieser Urkunde der tiefsten Demütigung des deutschen Volkes am 28. Juni 1919 an demselben Ort, der die Stätte größter Erhebung war. Die Entente selbst hatte es daranhin angelegt, durch Mißbrauch der Orte und Daten die Deutschen möglichst zu demütigen. Mit Absicht wurde die Gründungskonferenz der „Friedens“-Konferenz 1919 auf den 18. Januar gelegt. Am 7. Mai, dem Jahrestag der Verkündung der „Justitia“, wurde im Trianon-Palast in Versailles dem Deutschen das fertige „Wuch des Friedens“ überreicht, nicht in einer Stunde des Friedens, sondern, wie Clemenceau sich ausdrückte, in der „Stunde der Abrechnung“.

Über die Geschichte der Entstehung dieses mißglückten Friedens, dieses furchtbaren Inkongruentes, das zur Anbahnung eines großen Volkes niemals erlitten wurde, sind wir seit kurzem durch ein Buch von Wilhelm Pieger, Versailles. Die Geschichte eines mißglückten Friedens“ (Ganzjahres-Verlagsanstalt, Hamburg, 4,80 M.) unterrichtet, auf das sich die nachstehenden Ausführungen beziehen. Auf Grund der schwer zugänglichen Quellen wird die Entstehung des Diktates geschildert.

Eine der stärksten deutschen Waffen ist die Verurteilung auf den Rechtsanspruch aus dem Friedensvertrag vom 11. November 1918 und der Nachweis des Vertrages, der mit diesen Vorbedingungen im Hinblick auf die schließliche Festlegung der Friedensbedingungen verübt wurde. Auf Grund der Ratifizierung vom 6. November 1918 wurde das Friedensprogramm Wilsons als Grundlage des künftigen Friedens von beiden kriegführenden Parteien angenommen. Ein Hinweis darauf, daß die Entente sich ursprünglich dieser Verpflichtung durchaus bewußt war, ist in der Tatsache zu erblicken, daß eine von Oberst Louve, dem Vater Wilsons, ausgearbeitete Erklärung von 14 Punkten in den entscheidenden Beratungen auf dem Tisch gelegen hat. Dieser Kommentar enthält die konkrete Forderung der an sich allgemein gehaltenen 14 Punkte. Trotzdem kam es zu den schreienden Widersprüchen dieses Programms mit den endlichen Friedensbedingungen. In den Worten, die die deutsche Friedensdelegation unter Führung des Grafen Brockdorff-Rantzau an die Ententemächte richtete, ist das ganze Mißgeschick der Mediationsargumente enthalten. Sie legen den Finger auf jeden Widerspruch zu den ursprünglichen Programmen. Diese Arbeit mußte unter außerordentlichen Umständen in kürzester Frist geleistet werden. Entgegen allem bisherigen öffentlichen Brauch waren die Deutschen von den eigentlichen Friedensverhandlungen ausgeschlossen. Die Friedensbedingungen wurden ihnen fertig übergeben und eine Frist von 15 Tagen, späterhin 3 Wochen, eingeräumt, in

Deutschland und Schweden

Reichsminister Goering über den deutsch-schwedischen Zwischenfall

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Der schriftlich die Bemerkungen über den Vortrag eingereicht waren. Mühselige Erörterung war ausgeschlossen und, um es noch weiter zu erleichtern, wurde die Verbindung gestellt, die Bemerkungen in französischer und englischer Sprache zu machen.

Trotzdem machten die Noten des Grafen Brodorff-Banau, namentlich die ausführliche Stellungnahme vom 29. Mai, auf der Generalkonferenz des Generals Wilson schriftlich hervortritt: „Der Eindruck war, daß die Deutschen ihre Sache sehr gut vertreten haben und ihnen in manchen Einzelheiten überhaupt nicht bezugommen ist. Die Gründe (so nannte er die großen Vier: Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando) seien in einer langen Klemme. Die Deutschen haben gemacht, was ich vorausgesehen habe, sie haben einen vollständigen eigenen Entwurf vorgelegt, der sich auf die 14 Punkte stützt und viel einheitlicher ist als der unsere.“ Diese Bemerkung läßt darauf schließen, was anders der Friedensvertrag ausgehen haben würde, wenn die Deutschen gleichberechtigt zu den Friedensverhandlungen zugelassen worden wären. Es könnten sie das fertige Diktat nicht mehr entscheidend ändern, obwohl ihre Argumente starken Eindruck machten. Die Genen, die sich zwischen Clemenceau, Wilson und Lloyd George abspielten, sind ein Zeugnis dafür. Lloyd George, wie auch General Smuts, der im übrigen die Einbeziehung der Militionsleistungen in die Reparationssumme, ein Votum von rund 70 Millionen Mark, auf dem Gewissen hat, kann jetzt zur Einsicht, daß die Erfüllung des alten Clemenceau und an dem Verlangen Wilsons ab, der den Widerspruch der Friedensbedingungen zu seinem eigenen Programm entweder nicht erkannte oder nicht erkennen wollte. Er empfand die Härte der Friedensbedingungen als durchaus angemessen, weil die Deutschen das verstanden, und weil er glaubte, es sei möglich, daß eine Nation ein für allemal lerne, was ein ungerechter Krieg bedeute.

Aus diesen Tatsachen heraus ist das Verfallene Diktat in seiner uns bekannten Form juristische Wirksamkeit geworden. Die Mächte, die sich als die Weltmeister aufspielten und den Stab über das deutsche Volk zu brechen sich anmaßten, verfielen vor der Aufgabe, den Weltfriede anfänglich zu beendigen. Sie versagten — das zeigt das hierliegende Buch mit prägnanter Deutlichkeit — in der Ausführung einer neuen Ordnung der Welt nach den Grundgesetzen der Gerechtigkeit. Was damals verhängt wurde, liegt als Aufgabe jetzt vor uns. Es liegt unter doppelt erschwerenden Umständen vor uns, nachdem 14 Jahre Versailler Diktat ihr zerstörendes Werk verrichtet haben. Das deutsche Volk kämpft um seine Gleichberechtigung, um die Welt in ein Gleiches um die Neuordnung Europas.

Berlin, 10. Febr. Reichsminister Goering empfing noch im Laufe des gestrigen Tages den Berliner Vertreter des schwedischen Blattes „Nya Dagligt Allehanda“, von Kessel, dem er eine Unterredung über die deutsch-schwedischen Beziehungen gewährte. Reichsminister Goering äußerte sich in diesem Interview eingehend über die Beziehungen Deutschlands zu Schweden und ging besonders auf die herabwürdigenden und tendenziösen Angriffe ein, die vor einigen Tagen von einigen schwedischen Blättern gegen den deutschen Reichspräsidenten erhoben worden sind.

Reichsminister Goering führte in diesem Interview unter anderem aus, daß er von den scharfen schwedischen Presseangriffen zum erstenmal dadurch Kenntnis erhalten habe, daß ein ihm vollkommen unbekannter Schwede aus Göteborg ihm den Artikel des schwedischen Blattes „Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning“, das besonders herabsetzende Angriffe gegen hohe deutsche Stellen gerichtet habe, zugesandt worden sei. Der betreffende Schwede, der nicht einmal Nationalsozialist sei, habe den Artikel des schwedischen Blattes nicht nur eine Beleidigung des deutschen Reichspräsidenten, sondern vor allem auch als eine Herabwürdigung des Staatschefs einer Regierung bezeichnet, die Schweden in jeder Weise freundlich gegenüberstehe. Die Anschuldigungen des schwedischen Blattes seien in ihrer Tendenz in einem beza-

stimmigen Maße auf eine gewollte persönliche gehaltene Verunglimpfung abgestimmt, daß es ihm unverständlich sei, wie sich eine maßgebende schwedische Zeitung zu derartigen publizistischen Entgleisungen haben verhalten lassen können. Reichsminister Goering erklärte dem Vertreter der schwedischen Zeitung noch weiter, daß er sich immer um die deutsch-schwedischen Beziehungen seiner Partei bemüht habe und daß er eine große Bewunderung zu dem Land und dem Volk seiner verborenen Frau habe. Sie können verstehen, so fuhr der Minister wörtlich fort, wie tief mich gerade die Beleidigung und die Beschäftigung treffen mußte.

Reichsminister Goering betonte dann, daß der Artikel des schwedischen Blattes in Deutschland selbstverständlich bekannt geworden sei und daß die deutsche nationalsozialistische Presse die publizistische Entgleisung der schwedischen Presse scharf gegen den Anlaß genommen hätte, um scharf gegen Schweden Stellung zu nehmen, wenn er nicht durch seinen persönlichen Beeidigung oder durch Pressenotstandsmaßnahmen gegen Schweden bis jetzt verhindert hätte. Er habe eine Kränkung der deutsch-schwedischen Beziehungen mit allen Mitteln vermeiden wollen und habe sich deshalb kategorisch an die betreffende schwedische Zeitung gewandt. Er glaube, so fuhr Reichsminister Goering fort, daß die Angelegenheit auf diese Weise privat ordnen könnte und erwartete eine Erklärung, daß

solche Verleumdungen nicht mehr vorzukommen würden. Ich habe nie daran gedacht, daß die Zeitung das Telegramm veröffentlicht hätte.

Der Minister erklärte dann: Ich frage Sie anständigen Schweden, was er dazu sagen würde, wenn eine deutsche Zeitung, gleichgültig welcher Richtung, den schwedischen Regierungschef auf diese Weise beleidigen würde. Was die Gegenmaßnahmen betrifft, von denen die schwedische Presse schreibt, so bin ich natürlich nichts auf den Gedanken gekommen, die schwedische Zeitung in Deutschland zu verhaften oder dergleichen. Ich habe lediglich auf die nachteiligen Folgen aufmerksam gemacht, die sich zwangsläufig einstellen müssen, wenn eine Kränkung der deutsch-schwedischen Beziehungen von einem Teil der schwedischen Presse durch schwere Verunglimpfungen des deutschen Reichspräsidenten und des Herrn Reichspräsidenten hervorgerufen wird. Was mich betrifft, so habe ich trotz dieses Interesses meine Empfindungen für Schweden nicht verloren und werde sie auch nicht verlieren.

Reichsminister Goering schloß damit, daß er der Hoffnung und dem Wunsch Ausdruck gebe, daß das deutsch-schwedische Freundschaftsverhältnis nach wie vor weiter bestehen möge und daß man auf beiden Seiten den erwünschten Willen aufbringen müsse, an einer weiteren Festigung der deutsch-schwedischen Beziehungen mitzuarbeiten.

Erhöhung der Arbeitslosigkeit im Januar um 76000

Berlin, 10. Febr. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes wurde durch den strengen Frost, der während der zweiten Januarhälfte in den meisten Teilen des Reiches herrschte, ungünstig beeinflusst. In der zweiten Januarhälfte 1932 belief sich die Zunahme auf 76 000 für die Unterhaltungsleistungen des Reiches und der Reichsanstalt für die wachsende Belastung des Arbeitsmarktes der vorigen Periodezeit erst jetzt nach Ablauf der Winterferien ausgewirkt. In der Arbeitslosenversicherung wurden Ende Januar rund 933 000 (Zunahme rd. 85 000), in der Krankenfürsorge rund 1 419 000 (Zunahme rd. 71 000 Hauptunter-

stützungsempfänger gezählt. Damit wurden rd. 2 372 000 Arbeitslose — also wieder rund die Hälfte der Unterhaltungs- von der Reichsanstalt unterstützt. Die Zahl der anerkannten Arbeitslosen ohne Unterstützung belief sich Ende Januar auf rund 2 427 000. Im freiwilligen Arbeitsdienst wurden trotz strenger Unterbindung über 100 000 Mann Ende Januar noch immer 175 000 Dienstfreiwillige beschäftigt. Zur gleichen Zeit waren schon mehr als 100 000 Jugendliche vom Arbeitsmarkt der deutschen Jugend erfasst. Die Zahl der Jugendlichen, die an den beruflichen Bildungsmassnahmen der Reichsanstalt teilnahmen, lag weit darüber hinaus.

Frankreich sabotiert die Abrüstungskonferenz

Paul-Boncour stellt die Regelung der Gleichberechtigungsfrage in Abrede

Genf, 10. Febr. Die Donnerstagssitzung des Auswahlschusses der Abrüstungskonferenz nahm einen interessanten Verlauf, der die Forderung von uns an die Fünfmächtevereinbarung geknüpften Bedenken voll auf bekräftigte.

Auf die Feststellung des Vorsitzers Adolny hin, daß die Gleichberechtigungsfrage bereits grundsätzlich und endgültig in der Fünfmächtekonferenz vom 11. Dezember geregelt sei, gab Paul-Boncour eine Erklärung ab, in der er die Regelung der Gleichberechtigungsfrage vollständig in Abrede stellte. Neher die Tragweite der Fünfmächtevereinbarung seien noch keine Vereinbarungen getroffen. Die Erklärung wurde die Konferenz nicht und sei lediglich eine Vereinbarung zwischen einigen Mächten. Die Gleichberechtigungsfrage könne nur in unmittelbarem Zusammenhang mit der Organisation der europäischen Sicherheit behandelt werden.

Die französische Regierung hat damit die am 11. Dezember getroffene Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung abgelehnt.

Adolny meldete sich daraufhin unerschrocken zum Wort. Ebenso hat der englische Staatssekretär Eden den Präsidenten um das Wort zu einer Beantwortung der von ihm von Adolny gerichteten Frage, ob die englische Regierung den deutschen Standpunkt über die endgültige Regelung der Gleichberechtigungsfrage teile. Sondern er lehnte es jedoch ab, den Vertretern Deutschlands und Englands das Wort zu erteilen mit der Begründung, daß die Sitzung des Präsidiums wegen anderweitiger Sitzungen des Roteschreibes geschlossen werden müsse.

Vorsichtiger Adolny wird daher in der nächsten Sitzung des Präsidiums die offizielle deutsche Erklärung abgeben, daß die deutsche Regierung die Gleichberechtigungsfrage als endgültig geregelt annehme, daß für Deutschland allein die Verein-

barung der fünf Mächte vom 11. Dezember maßgebend sei und daß die deutsche Regierung eine weitere Ausdrucksache über diese bereits entschiedene Frage unter keinen Umständen zulassen werde.

Die Verhandlungen wurden sodann auf heute Nachmittag vertagt. Sie sind ungewiss, ob sie in einem ungewöhnlich kritischen Stadium getreten. Allgemein wird erwartet, daß der Führer der deutschen Abordnung heute die französische Auffassung ausführlich ablehnen und an den französischen Außenminister die offizielle Frage richten wird, ob sich danach die französische Regierung an die Fünfmächte-Erklärung vom 11. Dezember nicht mehr gebunden fühle.

Der DSV an den Reichskanzler

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 10. Febr. Die beiden Vorsitzenden des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes haben an den Reichskanzler folgenden Schreiben gerichtet: „Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Mit unseren Glückwünschen zu der Lebensfeier Ihres hohen Amtes, die wir Ihnen namens des DSV, ausprechen, erklären wir zugleich unsere Bereitwilligkeit, Ihnen mit allen unseren Kräften für die Klärung der auf uns stehenden Fragen, die unser Aufgabenfeld betreffen, zur Verfügung zu stehen. Wir haben uns nicht an den gewerkschaftlichen Entscheidungsgremien beteiligt, die die in Ihren Namen gefassten Beschlüsse als ein Werk der sozialen Reaktion beurteilen. Wir haben, wie wir in dem beiliegenden Aufsatz an unsere Mitglieder ausprechen, den besten Wunsch, daß die Hoffnungen an Ihre Führung bei Millionen Deutschen sich erfüllen. Ihnen, Herr Reichskanzler, ist genau, wie uns bewusst, daß die

vollständigen Bedingungen, unter denen Sie bei Amt übernehmen müssen, von der gesamten deutschen Nation als eine große Hoffnung für sich angesehen werden. Unsere 40jährige geschichtliche Erfahrung, die wir in einem Sammelbuch gesammelt haben, der immer unter der Verantwortung für das gesamte deutsche Volk standen hat, sieht Ihnen für Ihre Arbeit jederzeit zur Verfügung.“

Das Schreiben ist von dem beiden Vorsitzenden des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes W. G. und G. B. unterschrieben worden. Das Schreiben ist dem Reichskanzler am 9. Februar übergeben worden. Der DSV, die Versicherung geben, daß die von ihm abgegebenen Versicherungen unter der Führung Adolf Hilfers niemals veröffentlicht werden können.

Was sind leitende Beamte?

Berlin, 10. Febr. Die Verordnung zum Schutze des bestimmungsweges enthält bekanntlich die Bestimmung, nach der Versammlungen und Aufträge für freie Zwecke ausfallen können, wenn Beamte, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft und böswillig verächtlich gemacht werden. Das Gleiche gilt für das Verbot von Setzungen und Zeitdrucken.

Das kommissarische preussische Staatsministerium hat jetzt eine Ausführungsverordnung erlassen, die folgende Beamte unter dem Begriff „leitende Beamte“ einordnet: die aktiven Staatsminister, soweit sie tatsächlich ein Ministerium verwalteten, die Staatssekretäre in den Ministerien, die Oberpräsidenten, der Kammergerichtspräsidenten, die Oberlandesgerichtspräsidenten, die Regierungspräsidenten und die Polizeipräsidenten.

Ethnographische Minderheitenpolitik

Das Leben des „Altkirchlichen Beobachters“ mit Verbot bestraft

(Eigene Drahtmeldung.)

Reg. 10. Febr. Der Vater Franz Jahn in Lepzig-Schöna (Nordwestböhmen), ein Funktionär der Deutschen Nationalsozialisten, hatte sich vorgezogen vor dem zuständigen Kreisgericht wegen Uebertretung des Schutzesgesetzes und des Pressegesetzes zu verantworten. Jahn hatte ein Exemplar des „Altkirchlichen Beobachters“ an einer Anknüpfungsfest der Nationalsozialisten in Leipzig ausgehändigt. Das Gericht erkannte wegen Uebertretung des Schutzesgesetzes auf eine Geldstrafe von 300 Kronen und eine Verurteilung von 2 Tagen.

Deutschland verlangt Auslieferung der Rotter

Berlin, 10. Febr. Die Staatsanwaltschaft... Berlin hat jetzt über das Ansuchen...

Auslieferung der Judendeutschen Abgeordneten beschlossen!

Immunität aufgehoben - Schandlos Vertrat der Judendeutschen SPD!

Wien, 10. Febr. (Eigener Drahtbericht)... Der Immunitätsausschuss des Prager Abgeordnetenhauses...

Auf den Fall des Abgeordneten Schuber... eingehend führte Hr. Krebs aus, daß beantragt worden...

Grundstück wurde die Aufhebung der Immunität... durch das Parlament der Judendeutschen SPD...

Hr. Krebs wandte sich dann in scharfen Worten dagegen, daß man versuche, auf dem Wege der Konstitution von Strafvergehen...

Wahl Niederlage der SPD

Dresden, 10. Febr. (Eigener Drahtbericht)... Wahl am Sonntag fand, wie erst jetzt gemeldet wird...

Wetterleuchten in Niederländisch-Indien

Das Meuterei Schiff hat sich ergeben

Amsterdam, 10. Febr. Nach den letzten hier eingegangenen Meldungen hat die nach Zusammensetzung der notwendigen Streitkräfte...

Entfernung des Kolonialbesitzes vom Mutterlande und dem Fehlen von Stützpunkten auf dem Wege dorthin eine solche Druppelkonzentration notwendig ist.

Go entstehen Nazi-Attentate

Wien, 10. Febr. (Eigener Drahtbericht)... Vor einigen Tagen wurde die jüdische Presse gegenwärtige Ereignisse...

Neue japanische Offensive in Ostchina

Schanghai, 10. Febr. Die chinesische Presse meldet, daß die japanischen Truppen eine neue Offensive in der Provinz Ostchina...

Sie sind nun so bedeutungsvoller, als allein im holländischen Kolonialreich verjagt werden...

Kältewelle über den Vereinten Staaten

Temperatursturz in New York... New York, 10. Febr. Die von den amerikanischen Wetterdiensten kommende Kältewelle...

Der Kampf um die Scholle

Wahlsondenergebnisse des „Rattys“... Der Kampf um die Scholle... Wahlsondenergebnisse des „Rattys“...

Hier auf Weile...

Donnerabend, 11. Februar... 6.15: Gemmet, 6.30: Bresten, 6.40: Weidhof, 6.50: Brühl...

Riesenbestellungen bei einem Frankfurter Zollamt

Über 2 Millionen Mark Geldstrafen und 6 Monate Haftstrafen verhängt.

Frankfurt (Main), 10. Febr. Vor der Strafammer ist ein seit Wochen gefälschter Prozess zu Ende gegangen...

Insgesamt wurden vom Gericht wegen fortgesetzter gewinnfährlicher Falschfalschungen, Zollhinterziehung und Bestrafung sechs Jahre vier Monate Haftstrafe...



Parteilämliche Bekannmachung

Anordnung des Gauleiters... Besagte Anordnung ist eine Anordnung der Propagandaabteilung...

Anordnung des Gauleiters

Alle Kreisleitungen sowie alle Ortsgruppenleitungen haben mit sofortiger Wirkung...

Anordnung!

Alle Parteigenossen, welche früher in bestimmten Stellungen im Staatsdienst...

„Der Kampf um die Scholle“

Wahlsondenergebnisse des „Rattys“... 6.15: Gemmet, 6.30: Bresten, 6.40: Weidhof, 6.50: Brühl...

Hier auf Weile...

Donnerabend, 11. Februar... 6.15: Gemmet, 6.30: Bresten, 6.40: Weidhof, 6.50: Brühl...

Wetterleuchten über den Vereinten Staaten

Temperatursturz in New York... New York, 10. Febr. Die von den amerikanischen Wetterdiensten kommende Kältewelle...



BLICK ÜBER HALLE

Sachkurse der Jugendwerkstätten

Die Jugendwerkstätten Halle (Saale) e. V. haben für die mündliche Erziehung zwischen 16 und 25 Jahren zur Durchführung...

- 1. Kursus für modernes Polier- und Holzwerkzeug für Tischler (Dauer 8 Wochen)... 2. Kursus für das Schlosserhandwerk für Maschinen, Werkzeugmaschinen usw. (Dauer 13 Wochen)...

Zuchthaus für Speisekammerdiebe

Die endlose Serie von Einbrüchen in Speisekammern, durch die im vorigen Jahre ganz Halle-Vord beunruhigt wurde, fand jetzt ihre gerichtliche Sühne...

Ein am 11. Dezember vorigen Jahres in der Lafontainestraße verübter Speisekammerdiebstahl wurde dem E. dann endlich zum Verhängnis... Hier hatte er Gürtel, Schinken, Butter, Fleisch usw. in großer Menge erbeutet...

Wildwest-Methoden in Halle: Unerträgliches Straßenterror der Kommunisten

Seit dem Dienstatteit des Polizeipräsidenten läuft eine neue Terrormelle über Halle

Schon im Laufe der letzten Tage mußte festgestellt werden, daß die KPD. in Halle barock, die nationale Bevölkerung Halle in unerschütterlicher Weise zu terrorisieren...

Die Zustände haben sich aber in Halle so zuspitzigt, daß einfach von unserer Seite aus nicht mehr geschwiegen werden kann...

Sturm auf die Gaugeschäftsstelle durch die Kommunisten

Diebstahl wurden wieder 2 Pkg. schwerer belastet. Nachdem ungefähr 1/2-3/4 Stunde vergangen war, sollte der zweite Sturm auf die Gaugeschäftsstelle erfolgen...

Gegen Abend erfolgte der nächste Überfall auf dem Freudenring. Auch hier hat die KPD. wiederum harmlose Passanten verurteilt...

Der Überfall geschah auf den Bruder des Sturmbrandführers Seibert und hat höchstwahrscheinlich dem Sturmbrandführer selbst gescheitert...

Der Überfall geschah auf den Bruder des Sturmbrandführers Seibert und hat höchstwahrscheinlich dem Sturmbrandführer selbst gescheitert...

Weiter wurde festgestellt, daß sie in einer Straße von 75 Mann in den Bürgerweihen die Gegend nach Nationalsozialisten abstreifen...

Die Schutzpolizei setzte 2 Autos ein, welche in den Bürgerweihen die 70 Kommunisten festnahmen, wobei 1 Kommunist vor Angst und schlechtem Gewissen gleich in die Saale sprang...

Da es aber stets so ist, daß das kommunistische Vorgehen nur etwas erreichen kann, wenn es in großer Uebermacht ist...

Die KPD. setzt ihre Überfälle auch am Donnerstag fort

Ins ging am Donnerstag gegen 15.30 Uhr ein weiterer Bericht zu, daß schon in den Nachmittagsstunden des Donnerstags es sich deutlich zeigte, daß durch das Verhalten des Polizeipräsidenten die KPD. genötigt ist...

Der Kommunist konnte sich dies schon deswegen erlauben, weil ja feststeht, daß bis jetzt noch kein Kommunist deswegen festgenommen ist...

Die Drohungen des Kommunisten arbeiten so aus, daß auch die Straßenpassanten von den Auseinandersetzungen hören...

In der Merzdinger Straße ging gegen 11.30 Uhr ein SA-Mann in Uniform mit einem SA-Mann in Zivil in Richtung Artillerieoffizierskaserne...

dem Beifall der KPD., die daraufhin die Schutzpolizei auch noch verurteilte...

So wie es das Polizeipräsidium verlangen mußte es die Schutzpolizei auch tun...

Einmal wußte nunmehr die KPD. ebenfalls, daß sie in Halle tun und treiben kann, was sie will...

So beschränkte sich ein Teil der Schutzpolizei darauf, sich selbst persönlich gegen das Vorgehen der KPD. zu verteidigen...

Nachdem schon fünf oder sechs Parteilose nassen am Boden lagen und ein Parteiloser wohl so jämmerlich allein noch stand...

Das sind die Folgen der unersetzten Einstellung des Polizeipräsidenten...

Nach diesem Überfall, der sich in der Gerrenstraße-Straßenstraße abspielte...

Einzelheiten über diese gesamten Überfälle werden wir auf Grund der uns zur Verfügung stehenden Nachrichten...

Der Vortausch des Kommunisten steht unter dem Herrn Polizeipräsidenten fest...

Der Polizeipräsident und die anderen Herren von Polizeipräsidenten, die für diese Dinge verantwortlich sind...

Der Polizeipräsident und die anderen Herren von Polizeipräsidenten, die für diese Dinge verantwortlich sind...

Der deutsche Sport

Sport am Wochenende (11.-12. Februar)

Winterport: Ski-Rennen in Innsbruck; Dressler-Hochschul-Schneidwerkstatt...

Neuordnung der Turnlehrerausbildung

Der Reichskulturminister für das Reichliche Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung...

Commer: Körperpflege, Volksturnen, Sommer-Spiele; in Winter Körperpflege einschließlich...

Zweimal Dr. Neuendorff

Die neue Volksgemeinschaft

Einer der leidenschaftlichsten Führer zur Bildung einer neuen Volksgemeinschaft...

auch durch den Leidenhaftigkeit eines Mannes nicht ausgeschlossen werden kann...

Volksgemeinschaft ist nur unter Umständen möglich...

Wacker-Halle-Wacker-Galungen

Der kommende Sonntag bringt das Wacker-Halle-Wacker-Galgen...

In den bisher ausgetragenen Vorkämpfen...

Die Sieger der Vorkämpfe...

Wacker-Galungen melbet folgende Mannschaften...

Saale 96 in Dessau

Der Schwimmverein Saale 96 beteiligt sich an...

Tisch-Tennis

Der 1. Halleische Ping-Pong-Club weilt am...

Wahlsonderrnummer

Der Biberzeitung der 'M.Z.'

Preisliste: 100 Stck RM. 2.-, 200 Stck RM. 4.-...



Junge Kantschmer (Frau Werin) liegt in ausgescheidener Zeit im Damen-Ski...

Oesterreichs großer Erfolg: Seelos-Oesterreich Doppelsieger in Slalom und Kombination

Am letzten Tage des Ski-Wettrenns fiel mit dem Slalomlauf für Herren die Entscheidung...

- 1. Seelos 24:05,6; 2. Oesterreich 21:14,2; 3. Deutschland 21:14,4...

So gute Reute wie Proger-Schweiz und der Sieger des Spezialabfertlers...

Während es im Tal regnete, herrschte oben...

Seelos-Oesterreich Kombinationsieger der alpinen Kontinente

Die Ergebnisse der Kombination: Slalom und Slalomlauf...

Die beste Zeit im ersten Lauf erzielte im...

Sieger: Raufsch-Björnburg

Der Schlussabend des Frankfurter Seelagernehmens...

Das Ergebnis: 1. Seelos-Oesterreich...

Wahlsonderrnummer der Biberzeitung...

Preisliste: 100 Stck RM. 2.-, 200 Stck RM. 4.-...

Die völkischen Turner des Deutschen Turnerbundes...

Der Reichskulturminister für das Reichliche...

Ein der leidenschaftlichsten Führer zur Bildung...

Der kommende Sonntag bringt das Wacker-Halle...

In den bisher ausgetragenen Vorkämpfen...

Die Sieger der Vorkämpfe...

Wacker-Galungen melbet folgende Mannschaften...

Saale 96 in Dessau...

Tisch-Tennis...

Wahlsonderrnummer...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-17113370-1711337019330210-11/fragment/page=0007

Billig und gut kaufen Sie in KAISER'S KAFFEE GESCHAFT

KAFFEE GESCHAFT

DE BETRIEBZELLE

Die Entwicklung der Sozialversicherung 1931/1932

1931.
Die Sozialversicherungsamt gibt heute die bereits fertiggestellte Statistik der Sozialversicherung 1931 mit einem Rückblick auf das Jahr 1932 (Beilage Nr. 12 der Monatsblätter für die Statistik der Wirtschaft des Reichsarbeitsblattes) heraus.
Von den Beitragsnehmern der Sozialversicherung mit Ausnahme der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte im Jahre 1931 wurden 113,8 Millionen M. Einkünfte für die Beiträge und die sonstigen Einlagen erbracht. Die Gesamtaufgaben stellten sich bei 85 Millionen M. Davon entfielen 57 Millionen M. auf die Beiträge und 28 Millionen M. auf die Beiträge und die sonstigen Einlagen, das sind 91 v. H. der gesamten Beiträge oder 107 v. H. der Beiträge.

Die Ausgaben überwiegen die Einnahmen um 41 Millionen M. Im Vergleich mit dem Jahre 1930 sind die Ausgaben um fünf Prozent auf 85 Millionen M. gestiegen, die Einnahmen um vier Prozent auf 113,8 Millionen M. Das zeigt die Entwicklung der Sozialversicherung, die durch die Inflation bedingt ist. Die Beiträge sind gestiegen, aber die Ausgaben sind stärker gestiegen.
Die Inflation hat die Beiträge erhöht, aber die Ausgaben sind um vier Prozent gestiegen. Die Beiträge sind um vier Prozent gestiegen, die Ausgaben um vier Prozent gestiegen.
Die Beiträge sind um vier Prozent gestiegen, die Ausgaben um vier Prozent gestiegen.

(darunter 792 Millionen M für Pflicht- und freiwillige Leistungen) stellen. In der Angestelltenversicherung erreichen die Einnahmen 447 Millionen M. (darunter 285 Millionen M Beiträge), die Ausgaben 288 Millionen M. Auch in diesem Zweige brachten die Rückstellungen Beitragsminderungen.

In der Knappschaftlichen Rentensicherung wurden Beiträge von 248 Millionen M. und die Ausgaben von 158 Millionen M. erbracht. Die Einnahmen überwiegen die Ausgaben um 90 Millionen M. Die Beiträge sind um vier Prozent gestiegen, die Ausgaben um vier Prozent gestiegen.
Die Beiträge sind um vier Prozent gestiegen, die Ausgaben um vier Prozent gestiegen.

Die Rentenversicherung wurde im Jahre 1931 mit 1,13 Milliarden M. Einnahmen und 1,35 Milliarden M. Ausgaben abgeschlossen. Die Beiträge sind um vier Prozent gestiegen, die Ausgaben um vier Prozent gestiegen.
Die Beiträge sind um vier Prozent gestiegen, die Ausgaben um vier Prozent gestiegen.

Beachtenswertes für die Durchführung der Betriebsräte-Wahlen!

Ein Wähler kann nur eine Wahlzettelkarte abgeben. Er besteht aus drei Wahlberechtigten. Seine Aufgabe besteht in den Vorbereitungen und der Durchführung der Wahl.
Die Wahlberechtigten sind: 1. Der Arbeitnehmer, 2. Der Arbeitgeber, 3. Der Betriebsrat.
Die Wahlberechtigten sind: 1. Der Arbeitnehmer, 2. Der Arbeitgeber, 3. Der Betriebsrat.

Die Wahlberechtigten sind: 1. Der Arbeitnehmer, 2. Der Arbeitgeber, 3. Der Betriebsrat.
Die Wahlberechtigten sind: 1. Der Arbeitnehmer, 2. Der Arbeitgeber, 3. Der Betriebsrat.

Die Wahlberechtigten sind: 1. Der Arbeitnehmer, 2. Der Arbeitgeber, 3. Der Betriebsrat.
Die Wahlberechtigten sind: 1. Der Arbeitnehmer, 2. Der Arbeitgeber, 3. Der Betriebsrat.

Die Wahlberechtigten sind: 1. Der Arbeitnehmer, 2. Der Arbeitgeber, 3. Der Betriebsrat.
Die Wahlberechtigten sind: 1. Der Arbeitnehmer, 2. Der Arbeitgeber, 3. Der Betriebsrat.

Die Wahlberechtigten sind: 1. Der Arbeitnehmer, 2. Der Arbeitgeber, 3. Der Betriebsrat.
Die Wahlberechtigten sind: 1. Der Arbeitnehmer, 2. Der Arbeitgeber, 3. Der Betriebsrat.

Die Wahlberechtigten sind: 1. Der Arbeitnehmer, 2. Der Arbeitgeber, 3. Der Betriebsrat.
Die Wahlberechtigten sind: 1. Der Arbeitnehmer, 2. Der Arbeitgeber, 3. Der Betriebsrat.

IG-Betriebsratetagung

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten, der Bund der angehenden Arbeiter, des Reichsarbeitsgemeinschaften und der Reichsbanner deutscher Techniker, zusammengefasst im Gesamtverband deutscher Angestelltenvereine, führten gemeinsam am Sonntag, dem 5. Februar 1933 in Leipzig eine Tagung ihrer sämtlichen Betriebsratsmitglieder über die IG-Parteiindustrie U.G. durch. Im Mittelpunkt der Tagung die das Mitglied der

Gesell. Hamburg, neben der Klarstellung der Aufgaben, die den christlich-nationalen Angehörigen in den Betrieben aus der Zeit erwachsen, vornehmlich den betriebliehen Betriebsräte und die Stellung der Betriebsvereine, die Organisation des Gesamtverbandes deutscher Angestelltenvereine (Gesamtd. V.) angingen.

Nach eingehender Aussprache beschloss die Tagung, die als Auftakt für die kommenden Betriebsratswahlen im IG-Gesamtd. V. anzusehen ist, bei der nächsten Betriebsrats-Wahlzeit ein Wahlprogramm zu erarbeiten, das die Interessen der Angestellten in der IG-Parteiindustrie U.G. zu vertreten, traten am Sonntag, dem 4. Februar, in Leipzig zu einer besonderen Besprechung zusammen.

Ist Deine Angestelltenversicherung in Ordnung?

Am die Unvorsichtigkeit aus Leistungen aus der Zwangsversicherung nicht zu verlieren, müssen alle Arbeitnehmer, vor allem aber sämtliche Erwerbstätige darauf achten, ihre Karten in Ordnung zu erhalten. Die Angestelltenversicherung verlangt, daß dem Arbeitgeber ein Nachweise über die Versicherung vorzulegen sind. Ist die Versicherung nicht in Ordnung, so muß der Arbeitnehmer innerhalb von drei Jahren die Versicherung neu abschließen lassen. Andernfalls verliert er die Versicherung für immer. Die Versicherung muß innerhalb von drei Jahren neu abgeschlossen werden. Ist die Versicherung nicht in Ordnung, so muß der Arbeitnehmer innerhalb von drei Jahren die Versicherung neu abschließen lassen. Andernfalls verliert er die Versicherung für immer. Die Versicherung muß innerhalb von drei Jahren neu abgeschlossen werden.

Die Vermögensanlage der Sozialversicherung

Das Reinvermögen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und der Träger der Invalidenversicherung hat im November 1932 nach der vorübergehenden fallenden letzten Steigerung im Oktober wieder leicht abgenommen, und zwar um 2 Millionen auf 823,4 Millionen M. Die Verringerung geht aber ausschließlich auf Kosten der Invalidenversicherung, deren Reinvermögen um 82 Millionen M. sank, während die Angestelltenversicherung einen Zuwachs von 1,2 Millionen M. verzeichnet konnte. Die gleiche Entwicklung ist auch bei der Veränderung des Reinvermögens der Träger der Invalidenversicherung zu beobachten. Die Vermögensanlagen der Sozialversicherung sind in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Vermögensanlagen der Sozialversicherung sind in den letzten Jahren stark zurückgegangen.

Unterdrückung und dann Selbstmord

Wauten, 10. Febr. An der Stadtgrenze erschoss sich Mittwoch Nachmittag der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer, Kaufmann und Kassierer der hiesigen Ortsgruppe des Arbeiterverbandes, R. G. Auf dem ersten Stockwerk seines Hauses hinterließ er eine Karte, auf der er seine Absicht hinterlassen hat. Die Kriminalpolizei ermittelt heute, wor die beschriebene Unterdrückung der Sozialversicherung größerer Summen das Motiv war.

„Der Kampf um den Sozialismus“

Wahlprogrammnummer des „Kampf“ erscheint am 24. Februar 1933. Sofort bestellen, siehe auch Anmerkungen des Herausgebers.
Preis 150 v. G. (100 v. G. bei 100 v. G. und 100 v. G. bei 100 v. G.)
Lieferung erfolgt nur gegen Vorauszahlung.

Ein paar rote Lippen / Skizze von W. Waldersee

Der Adjutant meldet: „Der General, A 9 77...“
Der Adjutant im Stabsministerium...
Der Adjutant im Stabsministerium...
Der Adjutant im Stabsministerium...

Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...

Der Geheimrat A 9 77 des Kriegsministeriums...
Der Geheimrat A 9 77 des Kriegsministeriums...
Der Geheimrat A 9 77 des Kriegsministeriums...

Dann lag sie Worosow. Er kam in die Halle...
Dann lag sie Worosow. Er kam in die Halle...
Dann lag sie Worosow. Er kam in die Halle...

Das Hand der Geheimrätin auf und stützte...
Das Hand der Geheimrätin auf und stützte...
Das Hand der Geheimrätin auf und stützte...

Friedrich der Große und seine Offiziere

Man hat dem großen Preußenkönig einen...
Man hat dem großen Preußenkönig einen...
Man hat dem großen Preußenkönig einen...

Er soll gegen Dunsalk betätigt werden...
Er soll gegen Dunsalk betätigt werden...
Er soll gegen Dunsalk betätigt werden...

Der Herrscher liegt an mir, warum hat ich...
Der Herrscher liegt an mir, warum hat ich...
Der Herrscher liegt an mir, warum hat ich...

Da war die Note herum, Worosow sah auf...
Da war die Note herum, Worosow sah auf...
Da war die Note herum, Worosow sah auf...

Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...

Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...

Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...

Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...

Die Nibelungen von der Edda bis zu Richard Wagner

Die literarischen Geschichte des Nibelungen...
Die literarischen Geschichte des Nibelungen...
Die literarischen Geschichte des Nibelungen...

Wir schließen wir uns halt an, um zu sehen, was...
Wir schließen wir uns halt an, um zu sehen, was...
Wir schließen wir uns halt an, um zu sehen, was...

Die Matrosen und Monteur antworteten...
Die Matrosen und Monteur antworteten...
Die Matrosen und Monteur antworteten...

Der Mann schritt zusammen...
Der Mann schritt zusammen...
Der Mann schritt zusammen...

Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...

22. Februar 1934: In meiner...
22. Februar 1934: In meiner...
22. Februar 1934: In meiner...

Eine Genossenschaft deutscher Antiquarier...
Eine Genossenschaft deutscher Antiquarier...
Eine Genossenschaft deutscher Antiquarier...

Der Krätzer Marcellianer Zeit...
Der Krätzer Marcellianer Zeit...
Der Krätzer Marcellianer Zeit...

Richard-Wagner-Feiern...
Richard-Wagner-Feiern...
Richard-Wagner-Feiern...

Das neue Preußen...
Das neue Preußen...
Das neue Preußen...

Die Nibelungen von der Edda bis zu Richard Wagner...
Die Nibelungen von der Edda bis zu Richard Wagner...
Die Nibelungen von der Edda bis zu Richard Wagner...

Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...

Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...

Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...

Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...

2 FRAUEN, X MÄNNER UND EIN TAUCHBOOT
ROMAN VON HANS LEHR
NACHDRUCK VERBOTEN

(28. Fortsetzung)
Nicht bläst in plötzlicher Stille...
Nicht bläst in plötzlicher Stille...
Nicht bläst in plötzlicher Stille...

Schließen wir uns halt an, um zu sehen, was...
Schließen wir uns halt an, um zu sehen, was...
Schließen wir uns halt an, um zu sehen, was...

Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...
Das war die Note herum, Worosow sah auf...

Mitteldeutsche



Nationalzeitung

HERAUSGEBER: RUDOLF JORDAN, M. D. L.

4. Jahrgang Die „Mitteldeutsche Nationalzeitung“ erscheint täglich (außer Sonntagen) mit wöchentlich 2 Beilagen „Rateland u. Welt“ — Ergebenprämie bei Einnahme infolge 600. Gewalt, Streiks od. Seerott können nicht beansprucht werden. Freitag, 10. Februar 1933 Verlag, Schriftleitung, Abonnements- und Anzeigenpreise usw. An- schriften, Fernruf siehe Seite 6 unter dem Hauptnum. — Unange- forderte Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgeschickt. Nummer 35

Die erste Regierungshilfe für die Landwirtschaft

Frankreich sagt sich von der Genfer Fünfmächte-Konferenz los

Adolf Hitlers Reichskanzlergehalt wird für Hinterbliebene verwendet

Zu der Nachricht, daß Reichskanzler Hitler auf sein Gehalt verzichtet hat, weil er den Lebensunterhalt aus seinen schriftstellerischen Arbeiten verdienen wird von zuständigen Stellen mitgeteilt, daß Reichskanzler Hitler sein Gehalt nach Abzug der üblichen Steuern einem besonderen Kuratorium überweisen wird. Dieses wird das Geld an bedürftige Hinterbliebene erfahrener Postbeamter und S.A.-Leute verteilen.

Gang des Arbeitsbeschaffungsausschusses des Reichskabinetts

Berlin, 10. Febr. Am Donnerstag Abend hat der Arbeitsbeschaffungsausschuß des Reichskabinetts zusammen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Rundfunkübertragung der Sportpalastrede

Berlin, 10. Febr. Der deutsche Rundfunk überträgt heute von 20.30 bis 21.45 Uhr aus dem Sportpalast Berlin eine Rede des Reichskanzlers Hitler.



Berlin, 10. Febr. Voll Erfolg verläuft die Versammlung der fast 1000 Mitglieder der Deutschen Volkspartei, die gestern zwischen der Deutschen Volkspartei, dem Christlich-Sozialen Volksdienst und der Deutschen Bauernpartei ein technisches Wahlbündnis geschlossen worden ist. Wir begrüßen diesen Zusammenschluß, da die Mitglieder dieser an ihrer eigenen Unfähigkeit zugrunde gegangenen Partei dann wenigstens mit einem Schlag befristet werden.

Die Reichsregierung eröffnet den Kampf gegen die Agrarnot

Zollerhöhungen zur Behinderung unnötiger Einfuhr

Berlin, 10. Febr. Amlich wird mitgeteilt. Auf Vorschlag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft hat die Reichsregierung zunächst zugunsten der besonders schwer darniederliegenden deutschen Landwirtschaft eine Reihe wichtiger Zollerhöhungen beschlossen. Die neuen Zollsätze gelangen im Reichsanzeiger zur Veröffentlichung.

Zu einzelnen ist zu den Zollerhöhungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu melden: Es werden erhöht: Der Zoll für lebendes Rindvieh auf 50 M je Doppelzentner, für Schafe auf 45 M und für lebende Schweine auf 50 M, die Fleischsätze für frisches Fleisch auf 100 M, für Fleisch, einfach zubereitet, auf 150 M, und für Fleisch zum feineren Tafelgebrauch auf 280 M je Doppelzentner. Ein Einfuhrbedarf liegt bei diesen Erzeugnissen nicht vor. Die deutschen Viehbestände sind größer als vor dem Kriege und reichen für die einheimische Bevölkerung aus. Ein Eingreifen war auf diesem Gebiete dringlich, da die Preise im Verhältnis zur Kriegszeit hier besonders niedrig liegen. Die Viehreichzahl bei Rindern beträgt 53 v. H., bei Schweinen 67, bei Schafen 64, bei Vieh insgesamt 62 v. H. gegenüber der Kriegszeit. Die Erhöhung des Schmalzpreises auf 50 M hat die Aufgabe, eine stärkere Deckung unseres Fettbedarfes aus einheimischer Erzeugung herbeizuführen. Diese Maßnahme ist für unsere Schweinezucht von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Der außerordentliche Tiefstand der Schweinepreise hat zu einem nicht unerheblichen Teil seinen Grund in den Absatzschwierigkeiten für Schweinefett, die unter dem Einfluß einer

steigenden Schmalzeinfuhr eingetreten sind. Die erhöhten Zollsätze treten mit Ablauf der Zollbindungen im deutsch-schwedischen Handelsvertrag am 15. Februar 1933 in Kraft. Zum Verständnis der Verordnung geben wir einen Vergleich der bisher geltenden Zölle mit den neuen Zollsätzen: Je Doppelzentner betrug bisher der Zoll für lebendes Rindvieh 27 M, frisches Fleisch 45 M, einfach zubereitetes Fleisch 60 M, Fleisch zum feineren Tafelgebrauch 120 M, Schmalz 12,50 M.

Eine der letzten Taten der Regierung von Schleiher war bekanntlich die, daß sie einen Konflikt mit dem Landbund herausbeschwor, der weiter nichts verlangte, als daß die Regierung endlich energische Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft ergreifen sollte. Herr von Schleiher hielt es damals für richtiger, den Versteher mit dem Landbund abzubrechen, anstatt dessen berechtigte Forderungen endlich in die Tat umzusetzen. So ist es der Reichsregierung unter Führung Adolf Hitlers vorbehalten geblieben, endlich etwas für die Landwirtschaft zu tun.

Der Thüringer Landbund steht hinter Hitler

Weimar, 10. Febr. Der Thüringer Landbund, dessen Gesamtvorsitzend Mitwoch in Weimar tagte, nahm eine Entschließung an, in der das Vorgehen des Reichslandbundes gegen die verflochtene Reichsregierung anerkannt wird und in der er die neue Reichsregierung der nationalen Konzentration auf das Herzlichte begrüßt.

Die Reichskommissare gegen Ablehnung des Korruptionsstankals

Was wird aus Braun und Severing?

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 10. Febr. Der beispiellose Korruptionsstankal des Systems Braun-Severing wird in der Öffentlichkeit mit außerordentlichem Interesse verfolgt. Es ist zu begrüßen, daß die Kommunistische Regierung den Ablehnungsversuch in der nötigen Form zurückgewiesen hat. Die preußische Staatsregierung hat gestern Abend folgende Meldung amtlich bekanntgegeben: „Am 5. Februar 1933 hat das Kabinett Braun in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, in der die im Preussischen Landtag am 4. Februar 1933 von einem Abgeordneten aufgestellte Behauptung, das Kabinett Braun habe Staatsmittel für Parteizwecke zur Verfügung gestellt, als objektiv unrichtig bezeichnet. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, müssen die Kommissare des Reiches demgegenüber feststellen, daß die Mittel, die bis zum Betrage von 2 Millionen M. durch einstimmigen Beschluß des Kabinetts Braun vom 6. April 1932 durch Ueberbreitung des Haushaltsfonds, Bekämpfung des Verbrechertums“ gewonnen werden sollten, nach den amtlichen Unterlagen

nicht der Zweckbestimmung des Fonds entsprechend, sondern fast ausschließlich für andere Zwecke, offenbar Wahlpropaganda der damaligen Koalitionsparteien bei der Landtagswahl 1932, verwendet worden sind. Im übrigen wird über die Angelegenheit mit Befehlennigung ein Gutachten der Oberrechnungskammer erbeten werden. Die Kommissare des Reiches behalten sich weitere Schritte vor, sobald dieses Gutachten erstattet ist.“

Diese Erklärung beweist, daß der Korruptionsstankal des Systems Braun-Severing nicht ungesühnt bleiben wird. Die deutsche Öffentlichkeit sieht einer strengen Bestrafung der Schuldigen entgegen, die es gewagt haben, die deutsche Ehre dadurch zu beschädeln, daß sie die Bewegung des deutschen Widerstandes und der deutschen Freiheit als Verbrecher bekämpften und die in der furchtbaren Notzeit des deutschen Volkes Millionen ertrüge zur Stärkung der Deutschen abtrügnlichen Propaganda der Sozialparteien verschleuderten.

Der mißglückte Versailler „Friede“

Von Dr. phil. h. c. Hans Draeger.

Neben dem Wiederbeginn der Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz haben zwei Termine in jüngster Zeit dem deutschen Volk besonders den schweren außenpolitischen Kampf ins Gedächtnis zurückgerufen, in dem es seit 14 Jahren steht. Am 10. Januar 1933 jährt sich zum 18. Male der Tag, an dem das Versailler Diktat in Kraft trat. Am 18. Januar erinnerte das Gedenken an die Gründung des Bismarck-Reiches an die verhängnisvolle Stunde der Unterzeichnung dieser Urkunde der tiefsten Demütigung des deutschen Volkes am 28. Juni 1919 an demselben Ort, der die Stätte größter Erhebung war. Die Entente selbst hatte es daraufhin angelegt, durch Auswahl der Orte und Daten die Deutschen möglichst zu demütigen. Mit Absicht wurde die Eröffnungssitzung der „Friedens“-konferenz 1919 auf den 18. Januar gelegt. Am 7. Mai, dem Jahrestag der Verfestung der „Lusitania“, wurde im Trianon-Palast in Versailles das Friedensfest gefeiert. „Bund des Friedens“ überreicht, nicht in einer Stunde des Friedens, sondern, wie Clemenceau sich ausdrückte, in der „Stunde der Abrechnung“.

Ueber die Geschichte der Entschcheidung dieses mißglückten Friedens, dieses furchtbaren Instrumentes, das zur Anbelangung eines großen Volkes jemals erlassen wurde, sind wir seit kurzem durch ein Buch von Wilhelm Ziegler „Versailles. Die Geschichte eines mißglückten Friedens“ (Santacchi-Verlagsanstalt, Hamburg, 4,30 M.) unterrichtet, das auf die nachfolgenden Ausführungen beziehen. Auf Grund der schwer zugänglichen Quellen wird die Entschcheidung des Diktates geschildert.

Eine der stärksten deutschen Waffen ist die Berufung auf den Rechtsanspruch aus dem Friedensvertrag vom 11. November 1918 und der Nachweis des Vertrags, der mit diesen Vorbedingungen im Hinblick auf die schließliche Festsetzung der Friedensbedingungen verübt wurde. Auf Grund der Lansing-Note vom 5. November 1918 wurde das Friedensprogramm Wilsons als Grundlage des künftigen Friedens von beiden kriegführenden Parteien angenommen. Ein Beweis dafür, daß die Entente sich ursprünglich dieser Verpflichtung durchaus bewußt war, ist in der Tatsache zu erblicken, daß eine von Oberst House, dem Berater Wilsons, ausgearbeitete Erläuterung zu den 14 Punkten in den entscheidenden Beratungen auf dem Tisch gelegen hat. Dieser Kommentar enthält die konkrete Anwendung der an sich allgemein gehaltenen gehaltenen 14 Punkte. Trotzdem kam es zu den schreiensten Widersprüchen dieses Programms mit den endlichen Friedensbedingungen. In den Noten, die die deutsche Friedensdelegation unter Führung des Grafen Brodbeck-Mankau an die Ententemächte richtete, ist das ganze Argument enthalten. Sie legen den Finger auf jeden Widerspruch zu dem ursprünglichen Programm. Diese Arbeit mußte unter äußerst erschwerten Umständen in kürzester Frist geleistet werden. Entgegen allem bisherigen völkerrechtlichen Brauch waren die Deutschen von den eigentlichen Friedensverhandlungen ausgeschlossen worden. Die Friedensbedingungen wurden ihnen fertig übergeben und eine Frist von 15 Tagen, späterhin 8 Wochen, eingeräumt, in